

Für das Nachschlagewerk!
Nicht für die Amtliche Sammlung!

Gesetz: StGB §§ 81, 93

Rechtssatz:

1. Ein bestimmtes hochverräterisches Unternehmen im Sinne des § 81 ist ein solches, dessen Angriffsgegenstand und Angriffsziel feststeht und dessen Verwirklichung nicht in unabsehbar weiter Ferne liegt. Nicht erforderlich ist, daß die Einzelheiten des Angriffsplanes bekannt sind. An diesen Grundsätzen der Rechtsprechung des Reichsgerichts (RGSt 5, 215, 217; 16, 165; 41, 138) hält der Senat fest.
2. Mittel der Vorbereitung eines gewaltsam oder durch Drohung mit Gewalt auszuführenden bestimmten hochverräterischen Unternehmens kann auch die geistige oder seelische Beeinflussung der Bevölkerung des Staates sein, gegen den das Unternehmen geplant ist.
3. Wer ein bestimmtes hochverräterisches Unternehmen gegen die Bundesrepublik Deutschland durch die verbotene, zum Zweck der Vorbereitung geschehene Einfuhr von Schriften in das Bundesgebiet vorbereitet, macht sich in Tateinheit nach §§ 81 Abs 1 u 93 strafbar.

Aktenzeichen: St E 3/52

Urt. v. 8. April 1952

Im Namen des Volkes

In dem selbständigen Verfahren

betreffend die Einziehung von Schriften kommunisti-
schen Inhalts wegen

Vorbereitung eines hochverräterischen Unternehmens

hat der 2. Strafsenat des Bundesgerichtshofs in der
Sitzung vom 3. April 1952, an der teilgenommen haben:

Senatspräsident	Dr. Moericke als Vorsitzender,
Bundesrichter	Dr. Kirchner
Bundesrichter	Dr. Dotterweich
Bundesrichter	Henneke
Bundesrichter	Dr. Sauer als beisitzende Richter,
Bundesanwalt	██████████ als Vertreter der Bundesanwaltschaft,
Justizsekretär	██████████ als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle,

für Recht erkannt:

Die Schriften:

1. "Wo stehen wir im Kampf um die friedliche
Wiedervereinigung Deutschlands?"
2. "Den Lügenfritzen eins aufs Maul"
3. "Das Gebot der Stunde"
4. "Achtung! Akute Gefahr für die ganze Nation!"
5. "Die deutsche Arbeiterklasse muss sich ent-
scheiden!"

sind zur Vorbereitung eines hochverräterischen
Unternehmens gegen die Bundesrepublik Deutsch-
land bestimmt. Sie werden daher eingezogen.

Von Rechts wegen

G r ü n d e :

Seit Monaten werden in stündig steigender Anzahl Schriften politischen Inhalts aus der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands von Personen, die namentlich nicht zu ermitteln sind, in das Gebiet der Bundesrepublik durch die Post versandt und auf anderen Wegen eingeführt. Der grosse Umfang der zur Verbreitung im Bundesgebiet bestimmten Sendungen geht daraus hervor, dass schon die Schriften, die von deutschen Zollbehörden oder alliierten Dienststellen beschlagnahmt wurden, täglich ein Gewicht von etwa 11 Zentnern erreichten und im letzten Viertel des Jahres 1951 insgesamt etwa 40 Tonnen sichergestellt wurden. Die Schriften liegen in der Regel Sendungen bei, die teils an private Empfänger in der Bundesrepublik teils an Behörden, vor allem an das Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen oder an Dienststellen und Betriebsräte der Postverwaltung, gerichtet sind; in geringerer Zahl befinden sich solche Schriften lose zwischen anderen Sendungen.

Diese Feststellungen beruhen auf den Angaben des Zeugen Dr. Ra..., Ministerialrat im Bundesministerium für das Post- und Fernmeldewesen in Bonn.

II.

Als der Zahl der in das Bundesgebiet verschickten Schriften hat der Bundesminister für das Post- und Fernmeldewesen 5 Schriften dem Oberbundesanwalt zugeleitet. Der Oberbundesanwalt vertritt die Auffassung, die Schriften dienten der Vorbereitung eines bestimmten hochverräterischen Unternehmens gegen die verfassungsmässige Ordnung der Bundesrepublik Deutsch-

land, Er beantragt deshalb, sie nach § 86 Abs 1, 4 StGB in selbständigen Verfahren einzuziehen. Zur Entscheidung über den Antrag ist der Bundesgerichtshof zuständig (§ 154 Abs 1 GVG, §§ 430 ff StPO).

III.

Für den Inhalt der Schriften sind folgende Stellen kennzeichnend:

1. In der 24-seitigen Druckschrift "Wo stehen wir im Kampf um die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands", herausgegeben vom "Büro des Präsidiums des Nationalrates der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland", wird auf den zweimaligen Vorschlag hingewiesen, mit dem sich die Volkskammer der "Deutschen Demokratischen Republik" im Herbst 1951 an den westdeutschen Bundestag gewandt habe mit dem Ziel, eine gesamtdeutsche Beratung einzuberufen, "um die Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen für eine Nationalversammlung zum Zweck der Schaffung eines einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschlands und den beschleunigten Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu erörtern". Von der Mehrheit des Bundestages seien gegen die Stimmen der Kommunisten diese Vorschläge abgelehnt worden, sie hätten jedoch in allen Schichten der deutschen Bevölkerung ungeheuren Erfolg gehabt.

"In allen Schichten der westdeutschen Bevölkerung" so führt die Schrift fort, "haben sich die Geister klar geschieden. Der eine Teil der Deutschen Bevölkerung (die überwiegende Mehrheit!) ist für die friedliche Vereinigung Deutschlands und für die Durchführung

freier Wahlen, während der andere Teil (eine geringe Minderheit!) gegen eine solche friedliche Vereinigung und für die Aufrechterhaltung der Spaltung Deutschlands ist Nicht die Idee des Krieges und der Spaltung Deutschlands, nicht die Idee der Eingliederung Westdeutschlands in den aggressiven Atlantikpakt, nicht diese von Herren Adenauer, Schumacher und He Cloy so teuren Ideen leben in den Herzen des deutschen Volkes", sondern "die Ideen des Friedens und der friedlichen Vereinigung Deutschlands, die Ideen der Unabhängigkeit und echten Souveränität Deutschlands, die Ideen des Friedensvertrages und des Abzuges der Besatzungstruppen Die Regierung Adenauer, ihr untertäniger "Oppositionsführer" Schumacher und ihr gemeinsamer Gebieter He Cloy regieren in Westdeutschland gegen das Volk Aber wenn die Ideen der Einheit und des Friedens im Bewusstsein der Volksmassen leben, wachsen und reifen, ... so bedeutet dies, dass die Bewegung für die friedliche Vereinigung Deutschlands unüberwindlich ist, dass es unmöglich ist, ihre weitere Entwicklung aufzuhalten, dass sie wächst und wachsen wird, trotz aller Verbote, Repressalien und Nachschafften derer, die für die Spaltung und Versklavung Westdeutschlands sind". Adenauer habe am 26. September 1951 erklärt an die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands könne man erst herantreten, wenn eine Verständigung zwischen den Grossmächten erreicht sei; diese sei möglich, "falls es dem Westen gelingt, seine militärische Ungleichheit zu beseitigen, die die wahre Ursache dafür ist, dass eine derartige bedrohliche Lage entstehen konnte". Die Schrift führt fort: "Eine Verständigung unter den Grossmächten durch verstärkte Rüstung der

Westmächte und Westdeutschlands - das ist nach Adenauer das Schema für die "Wiederherstellung der Einheit" Deutschlands. In diesem Schema bleibt für das deutsche Volk und für seine Selbstbestimmung kein Raum. Das Schema Adenauers ist das eines offenen Revanchehetzers und Kriegstreibers". Den gleichen Standpunkt vertrete He Cloy; ähnlich sei der Standpunkt Schumachers, obwohl er bemüht sei, "sich nach Möglichkeit weniger klar auszudrücken". Grundverschieden von der Stellung dieser westlichen Kreise sei die der Sowjetunion. Am 20.9.1951 habe ihr Armeegeneral Tschujkow erklärt, das deutsche Volk und seine gewählten Organe hätten ein Recht darauf, "die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands auf demokratischer und friedlicher Grundlage selbst in die Hand zu nehmen, ebenso wie sie ein Recht darauf haben, ihre Meinung auch darüber zu äussern, dass es notwendig ist, den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen". Geschichte, Theorie und Praxis der bolschewistischen Partei Lenins und Stalins und des Sowjetstaates, sowie die Aussenpolitik der UdSSR lasse mühelos den engen Zusammenhang zwischen der Erklärung Tschujkows und "der ganzen Stellung des Sowjetstaates und seines Führers J.W. Stalin in der nationalen Frage" erkennen. "Schon in der Morgenröte der russischen Revolution ... verkündeten ihre grossen Führer Lenin und Stalin ... die These von dem Recht der Nationen auf Selbstbestimmung Getreu diesem Prinzip verwirklichten die Bolschewiki, nachdem sie die Führung des Sowjetstaates übernommen hatten, es in der Praxis, indem sie nach der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution Finnland, Polen, den baltischen Staaten u.a. die Unabhängigkeit gewährten. ... Die Sowjetunion sagt also Millionen von

Deutschen, dem ganzen deutschen Volke. "Richtet euer nationales Leben frei und ungehindert ein. Ihr selbst sollt die Herren euren Landes sein. Ihr sollt Euch euer Leben nach eurem Vorbild und Ebenbild einrichten. Ihr habt ein Recht darauf, denn euer Schicksal liegt in euren eigenen Händen". "Der imperialistischen Politik der Spaltung und nationalen Unterdrückung des deutschen Volkes stellt die Sowjetunion die Politik der Wiederherstellung der Einheit des deutschen Staates auf friedlicher und demokratischer Grundlage, die Politik der vollständigen Befreiung des gesamten deutschen Volkes von der nationalen Unterdrückung entgegen". Der Weg hierzu seien gesamtdeutsche Wahlen. Die aber hintertrieben Adenauer, Schumacher und ihre Anhänger. "Gesamtdeutsche freie Wahlen wollen weder Adenauer noch Schumacher noch ihr Gebieter Mc Gloy, ... sie wollen die Remilitarisierung, die Eingliederung Westdeutschlands in den aggressiven Nordatlantikblock, sie wollen Krieg, Blut und Revanche ... Die gesamte Geschichte seit 1945 zeigt, dass die deutsche monopolistische Bourgeoisie und die Grossgrundbesitzer in Westdeutschland Angst davor haben, dem deutschen Volk allein gegenüberzustehen. Eben deshalb bitten sie die Amerikaner, sie durch die Bajonette der Besatzungstruppen zu schützen ... In dem Geschrei über die "kommunistische Gefahr" offenbart sich die Furcht der deutschen monopolistischen Bourgeoisie vor der deutschen Arbeiterklasse, die, wie die Bourgeoisie richtig begreift, zur führenden Kraft in der Entwicklung eines neuen Deutschlands wird ... Die deutschen Imperialisten sind genötigt, sich mit den Imperialisten anderer Länder gegen ihr eigenes Volk zu

verbunden. So abgrundtief ist der Verrat der westdeutschen monopolistischen Bourgeoisie.... Die Volksbewegung kann diese verbrecherischen Pläne der Imperialisten durchkreuzen und vereiteln.... Es ist nicht schwer, vorauszusehen, dass das deutsche Volk sich von den Spaltern mit Empörung abwenden und seinen gerechten Kampf für gesamtdeutsche freie Wahlen und den beschleunigten Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland fortsetzen wird.... Die demokratischen und alle patriotischen Kräfte Ost- und Westdeutschlands ziehen aus dieser Lage einen vollkommen richtigen Schluss, wenn sie alle Massnahmen zur weiteren Entfaltung einer breiten Kampagne treffen, deren Ziel es ist, die Imperialisten zu zwingen, sich dem Willen des deutschen Volkes zu beugen und der Durchführung gesamtdeutscher freier Wahlen zu einer Nationalversammlung zuzustimmen, um ein einheitliches, friedliebendes und demokratisches Deutschland zu schaffen, den Abschluss eines Friedensvertrages mit Deutschland zu beschleunigen und im Anschluss daran den Abzug aller Besatzungstruppen aus Deutschland zu erreichen. Die demokratischen Kräfte Ost- und Westdeutschlands sehen ihre Hauptaufgabe jetzt darin, alle lebendigen Kräfte der Nation anzuspannen und die verbrecherischen Vorhaben der Adenauer, Schumacher usw. zu vereiteln, die die Spaltung Deutschlands aufrechterhalten, die demokratischen Freiheiten liquidieren und Westdeutschland in den Abgrund eines neuen Krieges stürzen wollen. Die Erläuterung der Lage, die Mobilisierung der breiten Massen und die Verstärkung des Kampfes für die Einheit Deutschlands und den Frieden - das ist

jetzt die wichtigste Forderung des Tages".

2. In dem zweiseitigen Blatt mit der Überschrift "Den Lügenfritzen eins aufs Maul" wird u.a. ausgeführt: "Diktaturkanzler Adenauer und Kriegstrompeter Schumacher überschlagen sich fast vor Angst. Sie merken, dass ihr Verbot der Volksbefragung ein Schlag ins Wasser ist... Die Bonner Lügenfritzen erklären, die Volksbefragung sei eine von Moskau ferngesteuerte Angelegenheit, ... Sie versuchen auf diese Weise, jeden, der sich an der Volksbefragung beteiligt, als "Agenten Moskaus" hinzustellen... Deshalb erkennen die Friedensfreunde im Osten und Westen Deutschlands als eine ihrer wichtigsten Aufgaben, bei der Vorbereitung und Durchführung der Volksbefragung den Lügenfritzen eins aufs Maul zu geben, ihr "Argument" von der Fernsteuerung und der Intervention der Sowjetunion zu zerschlagen... Wer und was hier ferngesteuert wird, ist ... klar: nicht die Volksbefragung von Moskau, sondern von den Wallstreetmagnaten und dem Pentagon (Kriegsministerium der USA) wird die Remilitarisierung in Westdeutschland betrieben und gelenkt. Von dort wird die Politik der Adenauer und Schumacher gesteuert... In der Zwischenzeit haben Truman, Acheson und andere amerikanische Kriegsbrandstifter immer wieder einen deutschen "Verteidigungsbeitrag" d.h. die Remilitarisierung gefördert, und unter Eisenhowers Anleitung wird sie von Adenauer und seiner Clique praktisch durchgeführt. Adenauer hat in den letzten Tagen den amerikanischen Kriegstreibern eine deutsche Armee von 200 000 Mann angeboten ... Jeder Friedensfreund soll diese Tatsachen überall, wo deutsche Menschen leben und schaffen, verbreiten, damit auch der Letzte

gewonnen wird, bei der Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluss eines Friedensvertrages noch im Jahre 1951 auch gegen den Willen der Adenauer und Schumacher sein "Ja" abzugeben... Den Kriegsbrandstiftern wird es deshalb nicht gelingen, ihre aggressive Politik für eine friedliche auszugeben und die Friedenspolitik der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder als eine aggressive Politik hinzustellen".

3. Die 16-seitige Broschüre "Das Gebot der Stunde" enthält Äusserungen verschiedener beruflicher und politischer Organisationen der russischen Besatzungszone zum Appell der dortigen Volkskammer. In einem darin abgedruckten Aufruf des "Kreisausschusses Halle der Nationalen Front des Demokratischen Deutschland" heisst es u.a.: "... In einem Teil unseres Vaterlandes presst man junge Menschen zum Kriegsdienst, ... Die Verbrecher des ersten und zweiten Weltkrieges, die Bankherren und Finanzgewaltigen in den USA, in England, Frankreich und in Deutschland verdienen aber an euren Tränen und an eurem Blut. Sie haben sich in ihre Widersprüche so verwickelt, dass sie der Ansicht sind, nur ein Krieg gegen die Sowjetunion kann ihr schmutziges Leben verlängern ... Durch eine Reihe von Beschlüssen der blutgierigen Machthaber in den USA, England, Frankreich und Westdeutschland, zuletzt in Washington, ist uns allen klar geworden, welches Schicksal unserem Volk und unserem Vaterland zugebracht ist. Die Regierung in Bonn mit Adenauer an der Spitze hat zu dieser Entwicklung entscheidend beigetragen. Adenauer, der sich Deutscher nennt, hat

es gewagt, 450.000 junge deutsche Menschen den amerikanischen Kanonenkönigen zum Verkauf anzubieten... Das deutsche Volk will mit diesen Verrätern und millionenfachen Mördern nichts mehr zu tun haben... Die Erklärungen der Regierung der DDR, der Appell der Volkskammer, die Briefe unseres Ministerpräsidenten Grotewohl an Adenauer zeigen dem deutschen Volke den Weg zur Abwendung der drohenden Katastrophe, d.h. aber gleichzeitig den Weg zu einem einheitlichen, demokratischen Deutschland... Die Nationale Front des demokratischen Deutschland ist die grosse Gemeinschaft aller jener deutschen Patrioten, die diesen Weg erkannt haben und gewillt sind, ihn zu beschreiten... Noch mehr Millionen, jeder deutsche Mann und jede deutsche Frau, muss zum aktiven Kämpfer in der Nationalen Front für die Einheit unseres Vaterlandes und für die Erhaltung des Friedens werden. Es liegt an uns, diese Kampfentschlossenheit im gesamten deutschen Volk zu festigen. Unsere Forderungen: gesamtdeutsche Beratung - fort mit Adenauer! - fort mit den Amis aus Deutschland!, müssen in der nächsten Zeit verwirklicht werden, um den Frieden zu erhalten... Die vorliegende Broschüre soll zeigen, wie die Werktätigen der DDR diesen Kampf führen... Der Kampf in Westdeutschland hat andere Formen. Hier stehen im Vordergrund politische Grossaktionen, Aktionen gegen Adenauer und seine Handlanger!... Wir alle, in Ost und West, müssen unsere Entschlossenheit offen bekunden, diesen Kampf zum siegreichen Ende zu führen... Die Kräfte des Friedens wachsen täglich. Das Weltfriedenslager, an der Spitze die grosse Sowjetunion, ist unbesiegbar. Darum: Vorwärts im Kampf um eine bessere glückliche Zukunft! Vorwärts

im Kampf um die Einheit Deutschlands und die Erhaltung des Friedens!"

Der "Landesvorstand der FDJ Sachsen-Anhalt" ruft in derselben Broschüre die Jugend Westdeutschlands auf: "Erzwingt die gesamtdeutsche Beratung,... Leistet aktiven Widerstand gegen die Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland, zerreisst die Stellungsbefehle! Entfernt in den Manövergebieten alle Wegweiser und Einweisschilder, gebt den Interventen keine Auskünfte, nehmt ihnen jede Möglichkeit, ihre Manöver fortzusetzen! Macht es weiter so, dass ihr die Sprenglöcher in den Brücken und Strassen zuzementiert und Werkzeuge und Baugerüste unbrauchbar macht. Widersetzt euch den Massnahmen der Bonner Regierung, die eure Lebensbedingungen verschlechtern... Hört nicht auf die verräterischen Erklärungen der SPD und DGB-Führung, sondern entlarvt sie an ihrer schändlichen Handlungsweise! Schafft die Aktionseinheit der Arbeiter Westdeutschlands im Kampf um die Remilitarisierung!"

4. Die vierseitige Druckschrift "Achtung! Akute Gefahr für die ganze Nation!" gibt einen Leitartikel des Zentralorgans der "Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands" vom 22.12.1951, der Zeitung "Neues Deutschland", wieder. Dort wird darauf hingewiesen, dass am 8. und 9. Januar sich in Bonn "das Schauspiel eines unerhörten nationalen Verrates" abspielen soll. "Wenn es nach dem Willen Adenauers und des amerikanischen Hohen Kommissars geht, dann soll in diesen Tagen der sog. Schuman-Plan im Bonner Parlament durchgepeitscht werden. Adenauer, der diesen von den amerikanischen Milliarden ausgeheckten Plan

unterzeichnet hat, will die Bonner Abgeordneten zu Mitschuldigen seiner Landesverräterei machen. Der Annahme des Schuman-Plans soll das Wehrgesetz und die Einbeziehung Westdeutschlands in den nordatlantischen Kriegspakt folgen... Der Schuman-Plan bedroht jedoch nicht nur die Lebensexistenz der westdeutschen Bevölkerung, er trifft ganz Deutschland, indem er die Spaltung Deutschlands vertieft... Von panischer Furcht vor der friedlichen Wiedervereinigung Deutschlands durch freie, gesamtdeutsche Wahlen erfüllt, betreiben die Steigbügelhalter Hitlers, die deutschen Kohlen- und Stahlbarone, den schimpflichsten nationalen Verrat... An der Aktionseinheit der sozialdemokratischen, kommunistischen, christlichen und parteilosen Arbeiter, am gemeinsamen Kampf der westdeutschen Arbeiterparteien und Gewerkschaften wird Adenauers Dolchstoß gegen das deutsche Volk scheitern... Das unaufschiebbare Gebot für alle Patrioten in diesen ernsten Tagen ist die Organisation grosser ausserparlamentarischer Aktionen des Volkes zur Rettung des Ruhrgebiets, zur Rettung Deutschlands, zur Rettung des Friedens. Wenn der Nation schimpflichster Verrat droht, dann ist es die heilige Pflicht der ganzen Nation, sich zu erheben, durch ihre Aktionen den Verrat am Volke in Keime zu ersticken und mit den Verrätern abzurechnen".

5. Die 36-seitige Broschüre mit dem Titel "Die Deutsche Arbeiterklasse muss sich entscheiden", herausgegeben vom "Freien Deutschen Gewerkschaftsbund", führt u. a. aus: "Während die Werktätigen in der DDR... für den grossen Friedensaufbau arbeiten, sind im Westen unseres Vaterlandes die amerikanischen Geldher-

ren an Werk, einen neuen Weltbrand zu entfachen. Unsere westdeutsche Heimat soll ihnen als Aufmarschbasis für einen neuen Krieg dienen... gegen die Deutsche Demokratische Republik, gegen die Volksdemokratien und gegen die grosse sozialistische Sowjetunion". Gegen diese Kriegsvorbereitungen hätten die Aussenminister der UdSSR und der übrigen volksdemokratischen Staaten auf einer Tagung in Prag Stellung genommen. In ihrer Abschlusserklärung schlugen sie vor, die Wiederaufrüstung und die Einbeziehung Westdeutschlands in die Aggressionsfront der Westmächte für unzulässig zu erklären, gesamtdeutsche Beratungen anzustreben und einen Friedensvertrag mit Deutschland abzuschliessen. Während die Führung des Deutschen Gewerkschaftsbundes durch Böckler noch im Oktober 1949 habe erklären lassen: "Ohne Ostdeutschland ist der Resten nur der Rest einer organischen Einheit, der für sich nur beschränkt lebensfähig ist", lieferten heute "Böckler & Co sogar Friedenskämpfer an die Knüttelgarden der Adenauer-Polizei aus"... die Böckler-Clique sage Ja "zu den Kriegsabsichten Adenauers, der als Lakai des amerikanischen Imperialismus für einen neuen Krieg hetzt. ... Deshalb gilt es eine Massenbewegung zu organisieren, ... schliesst euch zusammen, sammelt in den Betrieben Unterschriften gegen die Remilitarisierung unserer westdeutschen Heimat... Fordert die Annahme des Vorschlages der Prager Konferenz zur Bildung eines konstituierenden Rates. Lehnt die Arbeit in den Rüstungsbetrieben ab".

Die Schrift bringt in einem weiteren Teil die Abschlusserklärung der Prager Tagung wörtlich und gibt im Anschluss daran "die Meinung alter Gewerkschafter

zu den Prager Beschlüssen" wieder. In einer davon heisst es u.a.: "Schon wieder ... sind unter Führung der anglo-amerikanischen Imperialisten Kräfte am Werk, die Welt in ein neues noch fürchterlicheres Chaos von Blut, Trümmern und Tränen zu stürzen". Es fänden sich "Elemente, wie Adenauer und seinesgleichen, die für die Remilitarisierung eintreten, auf dass die Jugend Westdeutschlands im Dienste der anglo-amerikanischen Imperialisten verblute... Als Gewerkschafter ... wenden wir uns an euch mit dem Appell: "Erkennt die Kriegsgefahr! Schafft mit uns im Kampfe um die Einheit Deutschlands und den Frieden die Aktionseinheit aller friedliebenden sozialdemokratischen, kommunistischen, christlichen und parteilosen Arbeiter, Angestellten und Beamten! ... Entfacht mit uns eine Volksbewegung gegen die Remilitarisierung Westdeutschlands!" ...

IV.

Nach § 80 Abs 1 Nr 1 StGB macht sich strafbar, wer es unternimmt, mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt die auf dem Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland beruhende verfassungsmässige Ordnung zu ändern. In § 81 wird mit Strafe bedroht, wer ein bestimmtes hochverräterisches Unternehmen gegen die verfassungsmässige Ordnung (§ 80 Abs 1 Nr 1) vorbereitet.

Die dem jetzigen § 81 entsprechende Vorschrift des § 86 aF stellte die "ein hochverräterisches Unternehmen vorbereitende Handlung" unter Strafe, ohne ausdrücklich zu sagen, dass es sich um ein bestimmtes Unternehmen handeln müsse. Die Rechtsprechung des Reichsgerichts hielt jedoch stündig daran fest, dass

ein hochverräterisches Unternehmen im Sinne des § 36 aF nur ein bestimmtes Unternehmen dieser Art sei; das Erfordernis der Bestimmtheit sei ein ungeschriebenes Tatbestandsmerkmal dieser Vorschrift. Dadurch werde klargestellt, dass die bloße theoretische Erörterung hochverräterischer Gedanken nicht strafbar sei. Die inhaltliche Bedeutung des Merkmals der Bestimmtheit sah das Reichsgericht darin, dass Gegenstand und Ziel des hochverräterischen Plans feststehen müsse und der Zeitpunkt des Angriffs nicht in ungewissen und unabsehbar weiter Ferne liegen dürfe. Dagegen könne, wenn man die Strafbestimmung zum Schutz des Staates gegen Hochverrat nicht völlig entwerten wolle, nicht verlangt werden, dass auch der genaue Zeitpunkt, ein bestimmter Schauplatz oder die einzelnen Mittel des Angriffs feststehen; denn es mache gerade die Eigenart des hochverräterischen Unternehmens aus, dass der Täter die Einzelheiten seines Angriffsplans nicht bekanntgebe (vgl. RGSt 5, 215, 217; 16, 165; 41, 138).

Kunmehr ergibt sich schon aus dem Wortlaut des § 81, dass nur die Vorbereitung eines bestimmten hochverräterischen Unternehmens strafbar ist. Dafür, wie dieses Begriffsmerkmal inhaltlich zu umgrenzen ist, hat das Reichsgericht in jahrzehntelanger Rechtsprechung Grundsätze entwickelt, die noch heute volle Anerkennung verdienen. Der Senat hält an ihnen fest.

V.

Die unter III. ihrem wesentlichen Inhalt nach wiedergegebenen Schriften stammen aus führenden

Kreisen der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands. Ob sie dazu bestimmt sind, ein Unternehmen in dem unter IV. umschriebenen Sinn vorzubereiten, lässt sich zutreffend nur beurteilen, wenn geprüft wird, welche Ziele die geistigen Urheber der Schriften und die politischen Kreise verfolgen, die in ihnen zu Wort kommen.

1. Das Wesen des theoretisch von Marx und Engels begründeten und von Lenin und Stalin fortentwickelten, von diesen beiden aber auch praktisch verwirklichten politischen Kommunismus besteht in der sog. Diktatur des Proletariats, die schliesslich zu einer klassenlosen Gesellschaft der Menschen führen soll. Ob dieses Fernziel erreichbar ist, braucht nicht erörtert zu werden. Entscheidend ist, wodurch der als Nahziel erstrebte Zustand, nämlich die sog. Diktatur des Proletariats, gekennzeichnet ist. Angeblich handelt es sich dabei um die Herrschaft der Klasse der Arbeiter und aller Werktätigen. In Wirklichkeit liegt, wie die politischen Verhältnisse in der Sowjetunion und in den nach ihrem Vorbild gestalteten übrigen bolschewistisch regierten Staaten beweisen, die angeblich im Namen und Interesse der Arbeiterschaft ausgeübte politische Macht in den Händen einer Minderheit. Zu ihr zählen die Anhänger des Kommunismus, die seinen, besonders von Lenin und Stalin neu gefassten Lehren unbedingt ergeben sind, und die ihre Zuverlässigkeit durch besondere politische Aktivität im Sinne der bolschewistischen Ideen bewiesen haben. Sie haben die zentralen Befehls- und Machtstellen im Staate und in den ihn bildenden Gebietskörperschaften inne. Sie verfügen über die äusseren Machtmittel in

Polizei und Militär. Mit ihrer Hilfe üben sie in ihren Staaten die politische Macht über die Gesamtheit des Staatsvolkes aus und wenden sie gegen jeden politischen Gesinnungsgegner, der seine Meinung kundgibt, rücksichtslos an, ohne dass die Betroffenen rechtsstaatliche Sicherungen haben.

Nachdem es den Anhängern des Bolschewismus 1917 in Russland gelungen ist, die Macht im Staate gewaltsam an sich zu reißen, streben sie seitdem unentwegt darnach, ihre Herrschaft auf die noch nicht kommunistisch regierten Länder auszu dehnen.

2. Staatsauffassung und politische Praxis des Kommunismus stehen zu den Grundsätzen einer freiheitlichen, demokratischen Lebens- und Gesellschaftsordnung, zu der sich das Grundgesetz der Bundesrepublik bekennt (z.B. Art 18, 20, 28) und für deren Beachtung in ihrem Geltungsgebiet die erforderlichen rechtsstaatlichen Sicherungen vorgesehen und wirksam sind, in schroffstem Widerspruch. Die Verfassung der Bundesrepublik beruht im Gegensatz zu der Gewaltherrschaft einer Minderheit u.a. darauf, dass jeder Angehörige des Staates ohne Rücksicht auf Standes- oder Klassenzugehörigkeit die gleichen staatsbürgerlichen Rechte genießt (Art 33 GG), dass er frei im Rahmen der für alle gültigen Gesetze seine Meinung äußern darf, ohne befürchten zu müssen, von Staatsorganen deswegen bestraft oder gar verfolgt zu werden, und dass das Volk in seiner Gesamtheit ohne Ausschluss eines Teils Träger der Staatsgewalt und sie in Freiheit unmittelbar oder mittelbar in Gesetzgebung, Verwaltung und Rechtsprechung auszuüben berufen und in stände ist (Art 20, 28 GG).

3. Unter den Mitteln, deren sich die kommunistischen Führer und Anhänger bedienen, um die freiheitliche demokratische Ordnung anderer Staaten nach den Grundsätzen des Bolschewismus zu ändern, kommt den Mitteln der Gewalt und dem der Drohung mit Gewalt eine ausschlaggebende Bedeutung zu. Zwar macht der Kommunismus dort, wo ihm dies in den freien noch nicht seiner Gewaltherrschaft unterworfenen Ländern, möglich ist, von den allen Staatsbürgern eingeräumten Rechten, z.B. auch dem der Bildung politischer Parteien, Gebrauch, um womöglich auf gesetzmässige Weise die Mehrheit des Volkes für seine Ideen zu gewinnen. Dies ist ihm jedoch, wie die Geschichte seit der russischen Revolution bewiesen hat, und wie es besonders in den Jahren nach 1945, namentlich im Bundesgebiet im Ergebnis der verschiedenen Parlamentswahlen deutlich geworden ist, nirgends gelungen. Die kommunistischen Führer wissen, dass sie nach menschlichem Ermessen keine Aussicht haben, die Mehrheit eines Volkes, solange es über sein politisches Schicksal in völliger Freiheit, Unabhängigkeit und frei von Furcht vor Bedrohung entscheiden kann, für ihre politischen Ziele zu gewinnen. Deshalb sind sie entschlossen, auch das Mittel der Gewalt oder wenigstens der Drohung damit zu gebrauchen, um sich in den Besitz der Macht im Staate zu setzen.

4. Dass die kommunistischen Führer ihr Ziel, die Herrschaft der sog. Diktatur des Proletariats nach wie vor verfolgen und entschlossen sind, es gewaltsam zu verwirklichen, lassen folgende Äusserungen erkennen:

a) Stalin selbst führt in seinem Buch "Fragen des

Leninismus" (letzte Auflage 1951) u.a. aus: "Die Diktatur des Proletariats ist das Instrument der proletarischen Revolution, ihr Organ, ihr wichtigster Stützpunkt, ins Leben gerufen, erstens, um den Widerstand der gestürzten Ausbeuter zu unterdrücken und die eigenen Erwerbenschaften zu verankern, zweitens, um die proletarische Revolution zu Ende zu führen, die Revolution bis zum vollständigen Sieg des Sozialismus zu führen" (Seite 39)... "Die Diktatur des Proletariats ist kein Regierungswechsel, sondern ein neuer Staat, mit neuen Machtorganen in der Hauptstadt und in der Provinz, ein Staat des Proletariats, der auf den Trümmern des alten Staates, des Staates der Bourgeoisie, entstanden ist. Die Diktatur des Proletariats entsteht nicht auf der Grundlage der bürgerlichen Zustände, sondern im Verlauf ihrer Zertrümmerung, ... in Verlauf der gewaltsamen Revolution des Proletariats." (Seite 43) "Die Diktatur des Proletariats ist die durch kein Gesetz beschränkte und sich auf Gewalt stützende Herrschaft des Proletariats über die Bourgeoisie ..." (Seite 44).

Dafür, dass es sich nur um eine gewaltsame Revolution handeln kann, bezieht sich Stalin auf einen Ausspruch Lenins: "Die proletarische Revolution ist unmöglich ohne gewaltsame Zerstörung der bürgerlichen Staatsmaschine und ohne ihre Ersetzung durch eine neue" (Lenin, Sämtl. Werke, Bd XXIII S. 434).

b) Entsprechend dem sowjetrussischen Vorbild hat die politische Entwicklung in der russischen Besatzungszone Deutschlands nach 1945 zur Gründung eines kommunistisch geleiteten Staates geführt. Wie das

"Gesetz über die Wahlen zur Volkskammer, zu den Landtagen, Kreistagen und Gemeindevertretungen in der Deutschen Demokratischen Republik am 15.10.1950" (GBl d DDR vom 11.8.1950 Nr 88 S 743) in seinem Vorspruch selbst erklärt, wurde die Gründung dieses Staates möglich, "weil ... die Sowjetregierung durch ihre Besatzungsorgane die demokratische Umgestaltung Deutschlands förderte und schützte".

Dieser Staat bezeichnet sich zwar als "Volksdemokratie". Träger der Staatsgewalt in ihm aber ist nach kommunistischem Vorbild tatsächlich nur eine Partei, die SED. Sie übt eine Gewalt- und Willkürherrschaft aus, die durch Unterdrückung der Grundrechte des Individuums im persönlichen und staatlichen Leben gekennzeichnet ist.

Zwar gewährleistet der Wortlaut der Verfassung in der sowjetischen Besatzungszone in Art 8 u 136 die persönliche Freiheit des Einzelnen und in Art 9 die freie Meinungsäußerung. In Wirklichkeit aber ist der Einzelne einer schrankenlosen Gewalt- und Willkürherrschaft wehrlos ausgeliefert; sie wird vor allem von den Organen des sog. Ministeriums für Staatssicherheit grausam ausgeübt. Die Zahl der wegen ihrer wirklichen oder nur vermuteten antikommunistischen Überzeugung Verhafteten und in Konzentrationslagern ihrer Freiheit Beraubten ist, wie gerichtsbekannt ist, erschreckend gross.

c) Die Führer der SED erkennen die Richtlinien, die Stalin seinen Anhängern für den politischen Kampf gegeben hat, als massgebend auch für ihre Arbeit an. Das führende Presseorgan der SED in der

sowjetischen Besatzungszone, "Neues Deutschland", hat in seiner Nummer vom 3.5.1950 12 Grundbedingungen den kommunistischen Anhängern bekanntgegeben, die Stalin für die Entwicklung einer marxistisch-leninistischen Partei 1925 in einem Gespräch mit einem deutschen Kommunisten aufstellte. Die Zeitung empfiehlt sie den Anhängern der SED wegen ihrer "unfassenden, grundsätzlichen Bedeutung für den Ausbau und den Kampf unserer Partei", damit sie "diese Grundbedingungen studieren und die notwendigen Schlussfolgerungen für die Tätigkeit und die Entwicklung unserer Partei zu einer Partei vom neuen Typus erkennen".

In diesen 12 Punkten erklärt es Stalin für notwendig, ... "dass die Partei sich nicht als ein Anhängsel des parlamentarischen Wahlapparates betrachtet, ... sondern als die höchste Form der Klassenvereinigung des Proletariats, welche berufen ist, alle übrigen Formen der proletarischen Organisation, von den Gewerkschaften bis zu den Parlamentsfraktionen, zu führen", ... "dass die Partei, besonders ihre führenden Elemente, sich der revolutionären Theorie des Marxismus, die mit der revolutionären Praxis unzertrennbar verbunden ist, voll bemächtigen" ... "dass die gesamte Arbeit der Partei, ... auf neue revolutionäre Art umgebaut wird, die darauf berechnet ist, dass jeder Schritt der Partei, jede ihrer Aktionen zur Revolutionierung der Massen, zur Vorbereitung und Erziehung der breiten Massen der Arbeiterklasse in Geiste der Revolution führt" ... "dass die Partei es versteht, in ihrer Arbeit eine

unversöhnliche revolutionäre Einstellung ... mit einem Maximum an Elastizität und Manövrierfähigkeit ... zu verbinden, da es ohne diese Bedingungen für die Partei unmöglich ist, alle Formen des Kampfes und der Organisation zu erfassen, die Tagesinteressen des Proletariats mit den grundlegenden Interessen der proletarischen Revolution zu verbinden und in ihrer Arbeit den legalen Kampf mit dem illegalen Kampf zu verbinden.

d) Die enge Verbindung der kommunistischen Gewalt-herrschaft in der russischen Besatzungszone Deutschlands mit der in der Sowjetunion wird besonders deutlich in einem Beschluss des Politbüros des Zentralkomitees der SED vom 22.10.51. In ihm werden die Losungen zum "34. Jahrestag der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution und zum Monat der deutschsowjetischen Freundschaft" bekanntgegeben. Darin heisst es u.a.:

1. Es lebe der 34. Jahrestag der Grossen Sozialistischen Oktoberrevolution! ...
3. Es lebe die Sowjetunion, die konsequent und uneigennützig den nationalen Befreiungskampf der unterdrückten Völker unterstützt!
4. Es lebe die Grosse Sozialistische Oktoberrevolution, die eine neue Ära in der Geschichte der Menschheit einleitete!
5. Es lebe das Sowjetvolk, das den Kommunismus aufbaut! ...
20. Lernt von Stalin und den Sowjetmenschen, wie man erfolgreich den Kampf um den Frieden führen muss!
29. FDJ-Mitglieder! Jugendliche! Studiert die Lehren von Marx, Engels, Lenin und Stalin!
30. Jungen und Mädchen! Lernt von der Sowjetjugend,

wie man für eine bessere Zukunft kämpft und arbeitet! ...

33. Von den Bolschewiki lernen, heisst siegen lernen.

38. Unter dem Banner Lenins, unter der Führung Stalins
- Vorwärts für Frieden, Demokratie und Sozialismus!

e) Schliesslich geht auch aus verschiedenen Stellen der oben unter III auszugsweise wiedergegebenen Schriften hervor, dass ihre Urheber zum gewaltsamen Kampf gegen die Bundesrepublik und ihre Staatsorgane aufrufen. Dies beweisen vor allem der Aufruf der FDJ Sachsen-Anhalt in der Broschüre "Das Gebot der Stunde" (oben III 3) und der Inhalt der Druckschrift "Achtung! Akute Gefahr für die ganze Nation" (oben III 4).

VI.

Die kommunistischen Gewalttäter der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands streben darnach, mit Hilfe des Einflusses der Macht der Sowjetunion auch im Gebiet der Bundesrepublik eine bolschewistische Gewalt-herrschaft zu begründen.

1) Vor allem seit dem 3. Parteitag der SED im Juli 1950 in Berlin verstärken sie ihren Kampf gegen die in der Bundesrepublik bestehende, freiheitliche, demokratische Ordnung. Sie bekennen sich offen zu diesem Kampf. Dies geht besonders deutlich aus einer Rede des Ministerpräsidenten der Sowjetzonenregierung, Grotewohl, auf jenem Parteitag hervor. Darin erklärte er es als Aufgabe der SED, den Beweis zu erbringen, dass das deutsche Volk unter ihrer Führung in der Lage sei, "verbunden in fester Freundschaft mit den Völkern der Sowjetunion, den Volksdemokratien und

allen anderen Friedensfreunden in der Welt, alle Fragen seines politischen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens aus eigener Kraft zu lösen... Die Gründung der Deutschen Demokratischen Republik war der grösste Erfolg der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands... Die DDR wird dem ganzen deutschen Volk das Beispiel dafür geben, wie es auf politischem, wirtschaftlichem und kulturellem Gebiet den Aufstieg Deutschlands erkämpfen kann... Sie wird dem deutschen Volk zeigen, wie es den dauerhaften Frieden erkämpfen, die Demokratisierung ganz Deutschlands verwirklichen und die Einheit wiedererlangen kann"...

Dagegen befinde sich die westdeutsche Bundesrepublik in "Verfallsschwierigkeiten, die tief im System des Imperialismus und der nationalen Unterdrückung verwurzelt sind ... es gibt nur ein Mittel, sie zu überwinden und dieses Mittel heisst: Besatzungsstatut, Ruhrstatut und Bonner Separatstaat beseitigen, die Einheit eines einheitlichen, demokratischen und friedliebenden Deutschlands herstellen". Auf die Lösung der Lebensfrage des deutschen Volkes, nämlich seine Einheit, weise auch Stalin in seinem Telegramm vom 15.10.1949 aus Anlass der Gründung der "DDR" hin; darin sage Stalin, "die Gründung der Deutschen Demokratischen friedliebenden Republik ist ein Wendepunkt in der Geschichte Europas". Stalin verbinde die Möglichkeit, neue Kriege in Europa auszuschliessen, mit dem Erfolg des Kampfes um ein solches einheitliches Deutschland. Denn er schätze die "DDR" als "Grundstein" ein. "Also", so sagt Grotewohl an anderer Stelle seiner Rede, "ist es klar, dass wir uns nicht nur mit den Erfolgen der Deutschen Demokratischen Republik begnügen dürfen, son-

dem das ganze Deutschland muss es sein."

2) In seiner Rede befasst sich Grotewohl auch ausführlich mit den zeitgemässen Aufgaben, die für die Erreichung des Zieles zu erfüllen seien. "Der nationale Kampf des Deutschen Volkes um die Einheit eines friedlichen und demokratischen Deutschlands ist zu einer der wichtigsten politischen Lebensfragen des deutschen Volkes geworden. Die Vorbereitung und Festigung der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands ist daher von der allergrössten Bedeutung. Die deutsche Arbeiterklasse hat die historische Aufgabe, die Führung in diesem Kampf zu übernehmen. ... Die Friedensanhänger dürfen sich auch keineswegs nur auf die Unterschriftensammlung beschränken. Sie müssen vielmehr darnach trachten, alle diejenigen in den aktiven praktischen Kampf für den Frieden einzubeziehen, die den Aufruf unterzeichnet haben. Die erreichten Erfolge müssen gefestigt werden und die Friedensbewegung muss ein noch grösseres Ausmass und eine noch straffere Organisation erlangen... Die Volksmassen der Westzonen Deutschlands, die Arbeiter und die Bauern, die Intelligenz und der Mittelstand leiden jetzt unter einem Doppeljoch. Ihre nationale Befreiung wird zur Voraussetzung für die soziale Befreiung des ausgebeuteten werktätigen deutschen Volkes... Daraus ergibt sich für die deutsche Arbeiterklasse, für die Bauern, für die Intelligenz und für weite Teile des Mittelstandes die Aufgabe, gemeinsam mit allen Kräften, die dazu bereit sind, ehrlich gegen diese nationale Unterdrückung zu kämpfen und eine gesamtdeutsche Nationale Front des demokratischen Deutschlands zu bilden... Die SED als

Partei der Arbeiterklasse ist die führende und lenkende Kraft der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands". Das Programm der "Nationalen Front des Demokratischen Deutschland" habe die Regierung der "DDR" in ihrem Programm ausdrücklich als einen Bestandteil ihres Regierungsprogramms erklärt. "Da diese Volksbewegung, ... sich weit über den Rahmen von Parteien und Massenorganisationen erhob, spannten sich auch die Regierungsenergien weit über den Rahmen hinaus, der in Deutschland bekannt war aus den Koalitionsregierungen mit parlamentarischen Schachergeschäften verschiedener Parteien ... So wurde die Deutsche Demokratische Republik die stärkste und fruchtbarste Basis zur Entfaltung der Nationalen Front des Demokratischen Deutschlands. Die Regierung ermuntert zum Kampf um die Einheit Deutschlands, sie unterstützt die Träger dieses Kampfes, und sie schützt ihre Opfer... Die Republik ist im Kampf entstanden, sie steht heute im Kampf und wird ihr Leben im Kampf entfalten müssen ... sie wird ... zur stärksten Stütze der Nationalen Front des demokratischen Deutschlands. Wir haben grosse Erwartungen und Forderungen an unsere Kräfte gestellt. Jetzt kommt es auf die Entfaltung dieser Kräfte an."

Die Fragen des Friedens und der Nationalen Front seien gegenwärtig die wichtigsten Glieder in der Kette der Prozesse, "die man anpacken muss, um die ganze Kette festhalten und die Bedingungen für die Erreichung des strategischen Erfolges vorbereiten zu können". Stalin habe in seinen Vorlesungen über die Grundlagen des Leninismus u.ä. gesagt: "Es handelt sich darum, aus der Reihe der Aufgaben, vor denen die Partei steht,

gerade diejenige aktuelle Aufgabe herauszugreifen, deren Lösung den Zentralpunkt bildet und deren Bewältigung die erfolgreiche Lösung der übrigen aktuellen Aufgaben sichert"... Grotewohl bezeichnet als die "herauszugreifende aktuelle Aufgabe" den "Kampf um den Frieden und ... um die nationale Befreiung Westdeutschlands und die Einheit des demokratischen Deutschlands. Diese beiden aktuellen Aufgaben bilden gegenwärtig den Zentralpunkt. Die übrigen aktuellen Aufgaben finden ihre Realisierung nach dem Programm der nationalen Front des demokratischen Deutschlands. Diese Aufgaben sind klar. Sie bestehen in der Sicherung und Verbesserung der Lebensverhältnisse, im Aufbau unserer Friedenswirtschaft, in der Demokratisierung Deutschlands, in der Schaffung eines einheitlichen deutschen Nationalstaates, in der Schaffung eines Friedensvertrages für Deutschland, im Abzug aller Besatzungstruppen, in der Entwicklung einer wahren und tiefen Freundschaft zu den Völkern der Sowjetunion, der Volksdemokratien und allen anderen friedliebenden Völkern".

3) Dass die Führer der SED ihre Herrschaft auf die Bundesrepublik nicht auf friedliche Weise ausdehnen, sondern ihren Kampf darum gewaltsam führen wollen, spricht Grotewohl an verschiedenen Stellen seiner Rede deutlich aus. Er gebraucht Drohungen gegen die für die Politik in der Bundesrepublik verantwortlichen Männer, und zwar gegen Persönlichkeiten der Regierung und der parlamentarischen Opposition. Nach seiner Meinung befindet sich Deutschland wegen der nationalen Unterdrückung, unter der Westdeutschland zu leiden habe, in einem nationalen Notstand "Die Entwicklung

in Westdeutschland", sagt er wörtlich, "hat unwiderlegbar bewiesen, dass ein imperialistisches Deutschland zu einem neuen Krieg führt, dass die antidemokratische Politik der westlichen Besatzungsmächte und der Verräter Heuss, Adenauer, Schumacher die Spaltung Deutschlands verevigen will und dass sie zur Vernichtung der Existenzgrundlage des deutschen Volkes führt. Es ergibt sich daraus für das deutsche Volk die Lehre, dass die Einheit Deutschlands nur auf dem Wege der Demokratisierung erreicht werden kann ... dazu gehört insbesondere ... die Entmachtung aller geschworenen Feinde demokratischer Volksrechte und schliesslich die Verjagung aller Helfer für Kriegshetzer wie Heuss, Adenauer, Schumacher, Reuter und ihresgleichen. Das mag manchen draussen ausserhalb unserer Reihen noch neu und verwunderlich in den Ohren klingen, aber Genossen, das werden wir eines Tages durchführen, um ganz Deutschland friedlich und demokratisch zu machen". In der dem Parteitag vorgelegten Entschliessung heisse es sehr zutreffend: "Unter der Oberfläche schwelt die Glut des wachsenden nationalen Widerstandes. Die anglo-amerikanischen Okkupanten selbst lehren unfreiwillig die Massen den nationalen Widerstand, den Hass gegen die Okkupanten. Dieser im Stillen wachsende Widerstand ist für die Imperialisten weit gefährlicher als es scheint, denn er bricht immer wieder in gewaltigen Massenbewegungen hervor und bereitet mit Sicherheit den grossen nationalen Widerstandskampf vor. Die Okkupanten und ihre deutschen Handlanger fühlen, dass sie auf einem Vulkan sitzen". An anderer Stelle weist er hin auf "die Überfremdung der deutschen Wirtschaft mit aus-

ländischen Kapital, die Kolonisierung unseres Landes und, wie wir sehen, seine Einbeziehung in neue kriegerische Abenteuer. 4 1/2 Millionen Arbeitslose klagen diese Politik an... Man muss Schluss machen mit einer solchen verantwortungslosen, gefährlichen Politik... Die Nationale Front tritt in eine neue Periode ihres Kampfes ein: war es im Anfang die Periode des einfachen nationalen Protestes, so wurde daraus in der zweiten Periode die nationale Selbsthilfe, um sich heute in der dritten Kampfphase angesichts der Spaltungs-, Kolonisierungs- und Kriegspolitik des anglo-amerikanischen Imperialismus und seiner deutschen Handlanger zum nationalen Widerstand zu erheben... Wer ein richtiges Ohr hat, der hört, wie es im Gebälk des westdeutschen Separatstaates kracht. Die Zwingburg der hohen Kommissare kennt nur das Gesetz: Teile und herrsche. Eine einheitliche politische Willensbildung kann so gut wie nirgends aufkommen. Und diejenigen unserer Landsleute, die ihren eigenen politischen Willen bereits verloren haben, sind schon in jenem politischen Kretinismus gelandet, bei dem es nur noch wie in Bonn ein chaotisches Durcheinander nach dem Prinzip gibt: Einer gegen Alle und Alle gegen Einen. Jede noch so schlimme Würdelosigkeit, jede noch so lastende nationale Unterdrückung und jeder schamlose Raubzug der imperialistischen Machthaber wird bei dieser nationalen Kraftlosigkeit widerstandslos entgegengenommen. Das ist das Gesetz der Kolonialpolitik im Zeitalter des Imperialismus. Das deutsche Volk steht vor der unabwendbaren Notwendigkeit, diese würdelosen Gesetze zu sprengen".

VII.

Der Zusammenhang der Propaganda, die in den unter III. behandelten Schriften getrieben wird, mit den Lösungen und Ratschlägen, die die kommunistischen Führer der SED, insbesondere Grotewohl auf dem Parteitag der SED 1950, für den Kampf um die Wiederherstellung eines "einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschland" erteilt haben, liegt klar zutage. Häufig stimmen die Formulierungen wörtlich überein. Beide rufen nach der Wiedervereinigung der von den Westmächten und von Russland besetzten Teile Deutschlands. Weil durch ihre Trennung schon die rein menschlichen Beziehungen der Bevölkerung beider Gebiete entweder völlig zerrissen oder doch ausserordentlich erschwert sind und weil dies von jedem Deutschen schmerzlich empfunden wird, weisen die kommunistischen Führer die deutsche Bevölkerung unablässig auf ihre nationale Not hin. Sie preisen sich als diejenigen an, die es allein ehrlich mit dem deutschen Volk meinten, die selbstlos für den Frieden und einen Friedensvertrag mit Deutschland, für die Wiedervereinigung seiner getrennten Teile, für seine Freiheit und den Abzug der Besatzungstruppen einträten und darum die wahren Vertreter der deutschen Lebensinteressen seien. Andererseits richten sie gegen die verantwortlichen politischen Führer der Bundesrepublik, seien es Männer der Regierung oder der Opposition, masslose und ungeheuerliche Vorwürfe. Sie bezeichnen ihre Bemühungen um die Rettung des Bestandes der Bundesrepublik gegen eine mögliche militärische Bedrohung der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten - Bemühungen, die allein der Abwehr drohender

VII.

Der Zusammenhang der Propaganda, die in den unter III. behandelten Schriften getrieben wird, mit den Lösungen und Ratschlägen, die die kommunistischen Führer der SED, insbesondere Grotewohl auf dem Parteitag der SED 1950, für den Kampf um die Wiederherstellung eines "einheitlichen, friedliebenden, demokratischen Deutschland" erteilt haben, liegt klar zutage. Häufig stimmen die Formulierungen wörtlich überein. Beide rufen nach der Wiedervereinigung der von den Westmächten und von Russland besetzten Teile Deutschlands. Weil durch ihre Trennung schon die rein menschlichen Beziehungen der Bevölkerung beider Gebiete entweder völlig zerrissen oder doch ausserordentlich erschwert sind und weil dies von jedem Deutschen schmerzlich empfunden wird, weisen die kommunistischen Führer die deutsche Bevölkerung unablässig auf ihre nationale Not hin. Sie preisen sich als diejenigen an, die es allein ehrlich mit dem deutschen Volk meinten, die selbstlos für den Frieden und einen Friedensvertrag mit Deutschland, für die Wiedervereinigung seiner getrennten Teile, für seine Freiheit und den Abzug der Besatzungstruppen eintreten und darum die wahren Vertreter der deutschen Lebensinteressen seien. Andererseits richten sie gegen die verantwortlichen politischen Führer der Bundesrepublik, seien es Männer der Regierung oder der Opposition, masslose und ungeheuerliche Vorwürfe. Sie bezeichnen ihre Bemühungen um die Rettung des Bestandes der Bundesrepublik gegen eine mögliche militärische Bedrohung der Sowjetunion und der mit ihr verbündeten Staaten - Bemühungen, die allein der Abwehr drohender

Beratungen erwartet. Innerhalb eines Jahres nach Friedensschluss rechnen sie mit dem Abzug der Besatzungstruppen. Sie wissen indes, dass, wenn es ihnen gelingt, die Eingliederung Westdeutschlands in die Verteidigungsfront der Westmächte zu verhindern, und beide Teile Deutschlands unter ihrem Einfluss wiedervereinigt sein sollten, allein schon von der militärischen Stärke der kommunistischen Staaten, die im Osten an Deutschland grenzen, auch ohne unmittelbares Eingreifen eine seelische Bedrohung auf die Bevölkerung auch Westdeutschlands ausgehen würde.

Der Angriffsplan der bolschewistischen Führer der SED steht damit nach Angriffsgegenstand und Angriffsziel fest. Seine Verwirklichung ist für eine nahe Zukunft in Aussicht genommen. Die Schriften, die aus der sowjetischen Besatzungszone in das Bundesgebiet eingeführt werden, sollen diesen Plan seelisch vorbereiten helfen. Sie sind demnach Mittel der Vorbereitung eines bestimmten gegen die verfassungsmässige Ordnung der BRD gerichteten hochverräterischen Unternehmens, das mit Gewalt oder durch Drohung mit Gewalt durchgeführt werden soll. Das vorbereitende Mittel im Sinne des § 31 braucht selbst nicht gewalt- sam zu sein oder eine Drohung mit Gewalt zu enthalten. Es fallen auch Mittel der geistigen und seelischen Beeinflussung der Bevölkerung des Staates darunter, der Gegenstand des Angriffs ist. Die Einziehung des unter III behandelten Schriften ist demnach gemäss §§ 30 Abs 1 Nr 1, 31 Abs 1, 36 Abs 1, 5 StGB gerechtfertigt.

Die Einziehung der Druckschriften rechtfertigt sich aber auch aus den §§ 93 Abs 1, 98 Abs 2 StGB denn die Schriften wurden ohne behördliche Genehmigung und zum Zwecke der Verbreitung in die Bundesrepublik eingeführt. Durch ihren Inhalt sollen, wie die obigen Ausführungen ergeben, Bestrebungen herbeigeführt oder gefördert werden, die auf die Beseitigung der in § 33 bezeichneten Verfassungsgrundsätze gerichtet sind. Einer dieser Grundsätze ist der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft. Eine solche auch in der Bundesrepublik zu errichten, ist aber, wie dargelegt, gerade das Ziel der kommunistischen Führer der sowjetischen Besatzungszone Deutschlands.

Dr. Heerliche

Dr. Kirchner

Dr. Dotterweich

Henneka

Dr. Bauer